

COMMUNIQUE

Bundesrat lehnt die Verzinsung der Strassengelder ab

Nichts Neues aus dem EFD

Der Schweizerische Strassenverkehrsverband FRS hat einmal mehr davon Kenntnis genommen, dass der Bundesrat die zweckgebundenen Strassengelder nicht verzinsen will, wie dies eine Motion von Nationalrat Otto Laubacher verlangt hatte.

Seit einigen Jahren schliesst die Mineralölsteuerrechnung mit beträchtlichen Überschüssen ab. Diese haben zu einer massiven Äufnung der „Strassenkasse“ geführt. Ende des nächsten Jahres wird gemäss Bundesbudget 2001 der Stand der Spezialfinanzierung rund 3,5 Milliarden Franken betragen. Damit übersteigen die Reserven bei weitem den Jahresertrag aus dem Mineralölsteuerzuschlag. Die zurückgestellten, zweckgebundenen Strassengelder müssen nach Meinung des Schweizerischen Strassenverkehrsverbandes FRS verzinst und der „Strassenkasse“ gutgeschrieben werden. Dabei stützt sich der Strassenverkehrsverband FRS auf ein Rechtsgutachten der Professoren Peter Böckli und Markus Reich aus dem Jahr 1990.

Im Gegensatz zur Position, die der Bundesrat immer noch einnimmt, kommt das Gutachten Böckli/Reich zum Schluss, dass der Bund die Rückstellungen aus den Treibstoffsteuern auch ohne zusätzliche gesetzliche Grundlage verzinsen und die Zinserträge den Rückstellungen gutschreiben muss. Die Zweckbindung der Verbrauchssteuern auf Treibstoffen gilt auch für den geldwerten Vorteil aus den zurückgestellten Mitteln: dies das Fazit des Rechtsgutachtens.

Wenn der Bundesrat schon der Meinung ist, dass die bestehenden Verfassungs- und Gesetzesgrundlagen für eine Verzinsung nicht genügen würden, dann sei ihm Artikel 86 Absatz 4 der Bundesverfassung in Erinnerung gerufen. Danach erhebt der Bund einen Zuschlag zur Mineralölsteuer, wenn der zweckgebundene Teil dieser Abgabe für die Aufgaben hinsichtlich Strassenverkehr nicht ausreicht. Somit könnte der Bund in der jetzigen komfortablen finanziellen Situation locker auf einen Jahresertrag aus dem Mineralölsteuerzuschlag verzichten.

Bis heute haben der Strassenverkehrsverband FRS sowie die übrigen am Strassenverkehr interessierten Kreise – trotz der Rückstellung von über drei Milliarden Franken an zweckgebundenen finanziellen Mitteln – deswegen keinen Abbau des Mineralölsteuerzuschlags verlangt, weil der Nachholbedarf im Strassenbau ausgewiesen ist (Stichworte Umfahrungsstrassen, Verkehrsentflechtung in Agglomerationen, Beseitigung von Engpässen im Strassennetz von Bund, Kantonen und Gemeinden).

Bern, den 20. Dezember 2000